



# Aufnahme von unten

**Mit der Kriminalisierung von Seenotrettung und Flüchtlingshilfe in der gesamten EU hat die Abschottungspolitik der Festung Europa ein neues Stadium erreicht. Zivilgesellschaftliche Initiativen halten dagegen, zum Beispiel in Deutschland. Die SEEBRÜCKE-Bewegung und die Idee der Sicheren Häfen.**

*Von Sascha Schießl*

Während angesichts der Aufnahme von Menschen auf der Flucht in den öffentlichen Debatten des Jahres 2015 noch von einer „Willkommenskultur“ die Rede war, hat sich der Diskurs in den Jahren danach weit nach rechts verschoben. Obwohl weiterhin eine breite Mehrheit für eine solidarische, menschenrechtsbasierte Politik und die Aufnahme von Geflüchteten eintrat und eintritt, haben rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen mehr und mehr öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Rassismus und Diskriminierung sind keineswegs Randphänomene, sondern werden auch in der „Mitte der Gesellschaft“ offen

vertreten. Die Stimmungslage ist in Teilen der Gesellschaft zunehmend aggressiv. Zugleich erleben Nationalismus und Rassismus auch in vielen Staaten der Europäischen Union einen Aufschwung, während Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte unter Druck geraten. Diese öffentlichen Debatten dienen den EU-Mitgliedsstaaten als Begründung dafür, die eigene Abschottungspolitik zu forcieren, die es Menschen auf der Flucht immer schwerer macht, Grenzen zu überwinden und die Europäische Union und Deutschland zu erreichen.<sup>1</sup>

## **Einsatz für sichere Fluchtwege und Bewegungsfreiheit**

Die Abschottungspolitik der Europäischen Union zeigt sich nicht zuletzt in der beispiellosen Kriminalisierung und Behinderung der zivilen Seenotrettungs-NGOs, die die Lücke füllten, die EU-Mitgliedsstaaten mit der Einstellung staatlicher Seenotrettungsprogramme hinterlassen hatten.<sup>2</sup> Als die Zahl der Toten im Mittelmeer stark anstieg, intervenierten zivile Seenotretter\_innen wie Sea-Watch, Jugend Rettet oder Sea-Eye. Die Vorwürfe von rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Politiker\_innen gegenüber den Seenotretter\_innen blieben nicht lange auf dieses Milieu beschränkt. Hatten europäische Staaten an-

1) Siehe Christian Jakob/Simone Schindwein, *Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert*, Berlin 2017.  
2) Vgl. das Ende der italienischen Operation Mare Nostrum; siehe dazu: Wie Italien sich aus der Seenotrettung zurückzog, in: FAZ vom 1. Juli 2019, online: <https://www.faz.net/-gq5-9oky3>.

fangs noch mit den Rettungs-NGOs zusammengearbeitet und Rettungseinsätze koordiniert, bremsen sie schon bald die Seenotrettung aus, blockierten Schiffe und leiteten Ermittlungen gegen die Retter\_innen ein.

Als breite zivilgesellschaftliche Bewegung stellt sich die SEEBRÜCKE dieser Entwicklung entgegen. Die SEEBRÜCKE steht für die Vision einer Gesellschaft, in der nicht der Geburtsort und nicht der Pass darüber entscheiden, wo eine Person leben darf. Die SEEBRÜCKE solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und streitet für ein humanes, offenes Europa mit solidarischen Städten und sicheren Häfen. Da dieses offene Europa, das Bewegungsfreiheit für alle Menschen garantiert, nicht morgen oder übermorgen Realität werden wird, ist es umso wichtiger, den Weg dorthin aufzuzeigen und jetzt eine klare Trendwende hin zu einem liberalen Asyl-, Aufenthalts- und Einwanderungsrecht einzuleiten. Schon mit den ersten Demonstrationen für sichere Fluchtwege und Seenotrettung im Sommer 2018 gelang es, den vielen Menschen wieder Gehör zu verschaffen, die für eine solidarische und offene Gesellschaft eintreten und die europäische Abschottungspolitik ablehnen. Darauf baut die SEEBRÜCKE seither auf.

### **Der Weg über die Kommunen**

Während die deutsche und europäische Politik auf Abschottung und die Verhinderung von Flucht zielen, setzt die SEEBRÜCKE bei den Kommunen als den Orten des Ankommens und der Teilhabe an. Gegen die immer wieder vorgebrachte Behauptung, die Aufnahmekapazitäten für Menschen auf der Flucht seien erschöpft, zeigen zivilgesellschaftliche Akteur\_innen und Kommunen in ganz Europa, dass die

Bereitschaft zur Aufnahme weiterhin hoch und in den Städten, Gemeinden und Landkreisen nach wie vor Platz ist, um Schutzsuchende aufzunehmen.

Seit dem Sommer 2018 hat die SEEBRÜCKE den Fokus auf die lokale Ebene gelegt und angesichts der humanitären Krise im zentralen Mittelmeer mit tausenden Toten und tagelangen Irrfahrten von NGO-Schiffen mit geretteten Menschen an Bord an die Verantwortung der Städte, Gemeinden und Landkreise appelliert. Wenn die Bundesregierung oder andere Regierungen nicht bereit und in der Lage sind, das Sterben im Mittelmeer zu verhindern, müssen – so das Argument – Kommunen und Zivilgesellschaft ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht zum Ausdruck bringen. Wenn europäische Staaten Rettungsschiffen wieder und wieder das Anlegen in den Häfen verweigern und Seenotretter\_innen kriminalisieren, müssen sich die Kommunen zu Sicheren Häfen erklären und die Aufnahme der Menschen anbieten.

Getragen von dieser Idee haben sich deutschlandweit in kurzer Zeit über 100 SEEBRÜCKE-Lokalgruppen gebildet. Mit unzähligen Demonstrationen, Mahnwachen, Flashmobs, Veranstaltungen, Diskussionen mobilisierten SEEBRÜCKE-Aktivist\_innen gemeinsam mit verbündeten zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen hunderttausende Menschen und trugen ihre Forderungen in die Städte und Gemeinden. Rasch entstand ein Bündnis, das von der radikalen Linken über antirassistische Netzwerke bis hin zu Kirchengemeinden reicht. Zugleich suchten Aktivist\_innen den Austausch mit Kommunalpolitiker\_innen, Bürgermeister\_innen, Landesrät\_innen forderten in Hintergrundgesprächen und Ausschusssitzungen, dass sich die Städte, Landkreise und Gemeinden zu Sicheren

Häfen erklären und sich zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die bestehende Quote hinaus bekennen.

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE

- öffentliche Solidaritätserklärung mit Menschen auf der Flucht und der Seenotrettung
- Einsatz für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik sowie die Unterstützung der Seenotrettung
- Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht und Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen – jeweils zusätzlich zur staatlichen Verteilungsquote
- Gewährleistung eines kommunalen Ankommens und der Einsatz für Bleibeperspektiven
- Vernetzung auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zur Umsetzung der Punkte
- Transparenz aller unternommenen Handlungen

### Sichere Häfen als Prozess

Allein in Deutschland haben sich auf Druck zivilgesellschaftlicher Bewegungen wie der SEEBRÜCKE seit Herbst 2018 mehr als 120 Kommunen in Deutschland zu Sicheren Häfen erklärt – und ständig kommen neue hinzu. In ganz Europa – von Palermo über Neapel bis nach Barcelona – erklären Bürgermeister\_innen ihre Kommunen zu Offenen Städten für Geflüchtete. Die SEEBRÜCKE versteht die Sicheren Häfen dabei als Prozess: Wie die Sicheren Häfen agieren, muss stets weiterentwickelt und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Wenn sich Kommunen zum Sicheren Hafen erklärt haben, üben die SEEBRÜCKE-Grup-

pen weiter Druck aus, damit die Städte ihren Einfluss auf die Bundespolitik auch tatsächlich nutzen.

Mit der Selbstdefinition als „Sicherer Hafen“ sind die Kommunen mehr denn je als Akteure der Migrations- und Aufnahmepolitik in Erscheinung getreten. Auch wenn die Positionierungen unterschiedlich weit gehen, zeigen die kommunalen Beschlüsse, dass immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise auch eine lokale Verantwortung für eine solidarische Flüchtlingspolitik anerkennen und sich gegen das Sterben im Mittelmeer sowie die Kriminalisierung der Seenotretter\_innen engagieren.<sup>3</sup> Darüber hinaus haben sich zahlreiche Kommunen in den vergangenen Monaten – zumeist in Offenen Briefen – an die Bundesregierung gewandt und mehr Engagement bei der Seenotrettung gefordert sowie die Aufnahme von Geretteten angeboten. Im April 2019 haben über 250 NGOs in einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel ein Ende der Blockade der Seenotrettung und einen klaren Mechanismus zur Verteilung von Geretteten gefordert.<sup>4</sup> Unterstützung finden diese Forderungen im Osterappell von 211 Bundestagsabgeordneten.<sup>5</sup>

### Potsdamer Erklärung

Über 30 der Sicheren Häfen sind mittlerweile einen Schritt weitergegangen und haben sich zu einem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zusammenschlossen. Das Bündnis hat sich beim SEEBRÜCKE-Kongress „Sichere Häfen. Leinlos für kommunale Aufnahme“ konstituiert, der am 13./14. Juni 2019 unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Michael Müller und in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam in Berlin stattfand.<sup>6</sup> Die Kommunen zeigen mit der von ihnen unterzeich-

**3)** Eine Übersicht über die Sicheren Häfen und die Beschlüsse findet sich unter: <https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland>.

**4)** Offener Brief an die Bundeskanzlerin vom 3. April 2019, online: [www.proasyl.de/wp-content/uploads/Offener-Brief-Aufteilung-nach-Erstunterzeichner-und-später.pdf](http://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Offener-Brief-Aufteilung-nach-Erstunterzeichner-und-später.pdf).

**5)** Osterappell zur Seenotrettung vom 12. April 2019, online: [www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2019/04/Osterappell-zur-Seenotrettung\\_Luise-Amtsberg-12-04-2019.pdf](http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2019/04/Osterappell-zur-Seenotrettung_Luise-Amtsberg-12-04-2019.pdf).

**6)** Eine Zusammenfassung gibt es hier: <https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/kongress-sichere-haefen>.

7) Die Potsdamer Erklärung vom 3. Juni 2019 findet sich hier: [http://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019\\_06\\_03\\_potsdamer\\_erklaerung.pdf](http://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf).

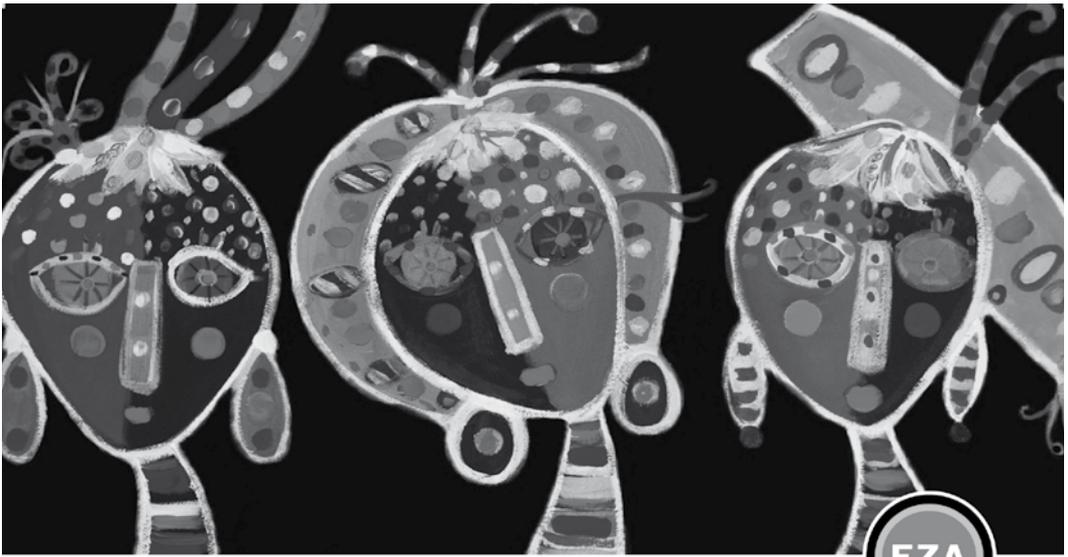
**Dr. Sascha Schießl** ist Historiker und arbeitet als Referent der Geschäftsführung beim Flüchtlingsrat Niedersachsen. Außerdem gehört er zum bundesweiten Koordinationskreis der SEEBRÜCKE-Bewegung. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die europäische Abschottungspolitik, Lager als Orte der Ausgrenzung und die Aufnahmepolitik von unten.

neten Potsdamer Erklärung ihre Bereitschaft, die „aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen“ und fordern von „der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können.“<sup>7</sup>

Der zivilgesellschaftliche Protest und das kommunale Engagement haben eine politische Dynamik ausgelöst, die es politischen Entscheidungsträger\_innen immer schwerer macht, sich der Seenotrettung und einer Aufnahme von Geretteten zu verweigern. Auch wenn die Kriminalisierung der Seenotretter\_innen fortschreitet und weiterhin Rettungsmissionen blockiert werden, ist das Konzept der „Sicheren Häfen“ in den politischen und öffentlichen

Debatten etabliert. Die „Sicheren Häfen“ und die kommunale Aufnahmebereitschaft dienen mehr und mehr als Referenz, wenn es darum geht, Alternativen zur europäischen Abschottungspolitik aufzuzeigen und durchzusetzen.

Zivilgesellschaftliche Bewegungen wie die SEEBRÜCKE haben nun die Aufgabe zu gewährleisten, dass die „Sicheren Häfen“ keine Lippenbekenntnisse bleiben, sondern vielmehr Motoren einer Migrationspolitik von unten werden, die Kommunen und Zivilgesellschaft gemeinsam gestalten. Indem die Kommunen die Zivilgesellschaft einbinden, sorgen sie nicht nur für die demokratische Legitimation einer solidarischen und offenen Politik, sondern stellen sicher, dass die Aufnahme von Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und angenommen wird.



**EZA**

**KAFFEE AUS FRAUENHAND**

**NATÜRLICH FAIR**

Erhältlich im Weltladen und unter [www.eza.cc](http://www.eza.cc)